

Thomas Hoppe

SDI – ein Weg zur Überwindung der Abschreckung?

Politische, strategische und ethische Aspekte

Die gegenwärtige Diskussion um die „Strategische Verteidigungsinitiative“ (SDI) der Vereinigten Staaten erscheint hauptsächlich aus zwei Gründen unbefriedigend. Zum einen tragen Befürworter wie Kritiker häufig der Unsicherheit nicht hinreichend Rechnung, mit welcher Prognosen über den Fortgang (und zum Teil auch über das genaue Ziel) dieses Unternehmens heute behaftet sind. Wer von einem Scheitern des Versuchs überzeugt ist, eine effiziente Raketenabwehrfähigkeit zu erlangen, unterschätzt womöglich die Chancen technischer Weiterentwicklung. Und gegenüber optimistischen Beurteilungen wird man alsbald skeptisch, wenn man die Vielzahl derjenigen technischen, politischen und strategischen Einflußfaktoren zur Kenntnis nimmt, die mit Fragen einer Raketenabwehr im Weltraum verbunden sind. Zweitens finden sich manche Beiträge zum Thema, in welchen die Risiken der bisherigen Sicherheitspolitik entweder überzeichnet oder untertrieben werden – gemäß der Präferenz des jeweiligen Verfassers im Hinblick auf SDI.

Das Anliegen des vorliegenden Aufsatzes ist angesichts der aktuellen Diskussionslage eher bescheiden. Er möchte verdeutlichen, aus welchen Gründen es lohnt, über Fragen einer Raketenabwehr im Weltraum nachzudenken – warum jedoch heute wenig Grund zu der Auffassung besteht, SDI sei evidentermaßen *die* sicherheitspolitische Alternative zur Kriegsverhütung durch nukleare Abschreckung.

Die Schwächen der bisherigen Abschreckungspolitik

Der Grundgedanke der bisherigen Abschreckung ist, in einem bipolaren Abschreckungssystem solle jeder der Antagonisten damit rechnen müssen, daß ein Überfall auf seinen Kontrahenten mit einem gleichfalls vernichtenden Gegenschlag vergolten werde. Unter dieser Voraussetzung wechselseitiger Selbstabschreckung würden, so hoffte man, beide Seiten – relativ – ruhig schlafen können. Aber faktisch hat sich *keine* Seite damit abzufinden vermocht, ihre Sicherheitspolitik allein auf das Prinzip gegenseitiger Vernichtungsfähigkeit zu gründen. Einige zentrale Gründe hierfür, die von westlichen Analytikern vorgetragen werden, seien genannt:

1. Ein solches Konzept scheint untauglich zur Abschreckung von Konflikten unterhalb der Ebene eines nuklearen Großangriffs; es verspricht zu wenig Abschreckungskraft gegenüber einem konventionellen oder begrenzt nuklearen Angriff besonders auf Verbündete. Die großen Waffen lähmen sich gegenseitig; darin besteht ihre Wirksamkeit, aber eben auch ihre begrenzte Tauglichkeit zu einer umfassenderen Abschreckungsstrategie.

2. Ein Konzept wechselseitig gesicherter Zerstörungsfähigkeit hat zur Voraussetzung, daß sich Kriege auf Grund von technischem Versagen, Zufällen oder Wahnsinnsakten hinreichend zuverlässig ausschließen lassen. Beiderseitige Vernünftigkeit ist eine Denkvoraussetzung dieser Abschreckung. Aber ist es realistisch, schon diese Annahme gleichsam dogmatisch zu handhaben und auch auf längere Sicht unvernünftiges Handeln auszuschließen?

3. Sollte Kriegsverhütung durch Abschreckung dieser Art aber versagen, so ist gegenseitiger Massenmord zu gewärtigen. Wechselseitige Totalvernichtung ist ethisch schlechterdings nicht zu rechtfertigen. Ethisch akzeptabel erscheint diese Abschreckung also bestenfalls so lange, wie sie funktioniert; man dürfte jedoch nie ausführen, was man androht. Zwar muß man nicht die These verfechten, glaubwürdig drohen könne nur der, der bereit sei, seine Drohung wahrzumachen; doch in jedem Fall stellt sich das Problem, ob sich nicht im Ernstfall der ethisch verlangte Nichteinsatz als illusorisch erweisen würde. Aber gerade wer ethisch argumentiert, kann es nicht vertreten, über den Fall eines Versagens von Abschreckung nicht weiter nachzudenken.

4. Weiter ist zu befürchten, ein solches Abschreckungssystem werde auf längere Sicht nicht stabil sein können. Denn es beruht auf entscheidenden waffentechnischen Voraussetzungen: Beide Seiten müssen hinreichend sicher sein, daß ihnen die Waffen für den Gegenschlag auch nach einem Angriff noch zu Gebot stehen werden. Doch wurde mittlerweile offenkundig, daß der Fortschritt der Waffentechnik Potentiale, die bislang als „unverwundbar“ galten, voraussichtlich immer verwundbarer machen wird.

Die Aufstellung zielgenauer Waffen mit mehreren Sprengköpfen, die die nuklearen Trägersysteme des Gegners bedrohen, wurde vor allem damit begründet, für den Fall des Versagens von Abschreckung andere Alternativen als Massenmord oder sofortige Kapitulation zu haben. Sollte Krieg ausbrechen, so wollte man versuchen, statt massiver Angriffe auf die Zivilbevölkerung vor allem militärische Objekte anzugreifen, in der Hoffnung, den Krieg zu beenden, ehe jede Seite ihr ganzes Zerstörungspotential eingesetzt hätte. Doch die dazu bereitgehaltenen treffsicheren Waffen brachten zugleich die Stabilität der beiderseitig abschreckenden Zweitschlagskapazitäten in Gefahr; das Prinzip: „Wer zuerst schießt, stirbt als zweiter“ gerät in die Gefahr, durch ein anderes abgelöst zu werden: „Wer zuerst schießt, hat gewonnen.“ Auch wenn unverständlich ist, in welchem Sinn unter den Voraussetzungen eines großen Kernwaffenkrieges noch

von „Sieg“ geredet werden könnte, läßt sich eben diese Rede vernehmen; und sie könnte sich politisch verhängnisvoll auswirken, wenn sie nicht mehr deutlich als Illusion erkennbar wäre.

Zusätzlich zu den strategischen Problemen lassen sich allgemeine politische Bedenken erheben. Abschreckungspolitik ist eine kostspielige Sache, besonders wenn sie viele und sehr ausgefeilte Waffensysteme erfordert; das Geld, das auf diesem Sektor gebunden ist, steht auf anderen Feldern der Politik nicht mehr zur Verfügung. Darüber hinaus besteht die Gefahr, daß beide Seiten den Zustand des Nicht-Kriegs, mit dem wir zu leben gelernt haben, nicht auf einen aufrichtigen Friedenswillen des Gegenübers zurückführen, sondern eben ausschließlich auf die Wirksamkeit der wechselseitigen Abschreckung. Unter solchen Vorzeichen wirkt ein „Gleichgewicht des Schreckens“ jeder tiefergreifenden Vertrauensbildung entgegen.

Schließlich erscheinen die bisherigen Erfahrungen mit Abrüstungsbemühungen wenig ermutigend. Nur dort, wo Abkommen ohne die Voraussetzung beiderseitigen Vertrauens möglich sind, kommen sie erfahrungsgemäß zustande. Ob ein Abkommen eingehalten wird, muß eindeutig verifizierbar sein, sonst ist beiden Seiten das Risiko zu groß. Doch nicht jedes Abkommen läßt sich mit den sogenannten „nationalen technischen Mitteln“ überwachen; und gegen Inspektionen am Ort steht zunächst die sowjetische Befürchtung, die andere Seite werde solche Gelegenheiten zur Spionage nutzen. Wirklich abrüsten ließen sich bisher anscheinend nur Waffen, von denen ihre Besitzer meinen, daß sie ohnehin wertlos seien.

Man kann gegen diese Darstellung einwenden, ohne die bisherigen Rüstungskontrollverträge sähe unsere Analyse heute vielleicht noch viel schlimmer aus. Aber können wir uns damit abfinden, mit dem bisherigen unbefriedigenden Zustand weiterzuleben? Kaum jemand, auch unter den Gegnern von SDI, prognostiziert offenbar der überkommenen Rüstungskontrollpolitik baldige durchgreifende Erfolge. Unter dem Dach dieser Politik sind zunehmend bedrohlichere, weil treffgenauere und einsetzbare Waffensysteme entwickelt worden. Eine Trendwende ist hier nicht in Sicht.

So kann SDI – was immer man am Schluß davon halten mag – als Versuch verstanden werden, die Lösung eines wirklichen Problems in Angriff zu nehmen. Die Befürworter von SDI hoffen, durch allmähliche Einführung von Defensivsystemen in die nukleare Abschreckung diese zunächst zu stabilisieren und hernach womöglich vollständig abzulösen; an die Stelle „gegenseitig gesicherter Zerstörungsfähigkeit“ soll dereinst „gegenseitig gesichertes Überleben“ treten.

Politische und strategische Begründungen für eine Raketenabwehr

I. Abschreckungstheoretische Argumentation

1. Immer wieder weist die amerikanische Regierung auf erhebliche Anstrengungen und Fortschritte der UdSSR auf dem Weg zu einer einsatzfähigen Abwehrtechnologie hin. Schon um zu vermeiden, daß sich eines Tages daraus ein einseitiger, entscheidender technischer Durchbruch ergebe, müßten die USA selbst an dieser Technologie forschen. Damit bestätigt sich ein Einwand gegen die bisherige Abschreckungskonzeption, daß sie nämlich instabil gegenüber dem technischen Fortschritt sei.

2. Vom Aufbau eines Abwehrsystems der beschriebenen Art erhofft man sich eine Verstärkung des Bündniszusammenhalts innerhalb der NATO. Die gegenwärtige Bündnisstrategie droht für den Kriegsfall mit einer nuklearen Eskalation. Doch diese Drohung erscheint angesichts der Verwundbarkeit des amerikanischen Mutterlandes zunehmend unglaubwürdig.

3. Man erwartet sich bereits von einem nur partiell wirksamen Raketenabwehrsystem, daß es für jeden, der einen Raketenangriff auf den Besitzer dieses Systems erwägt, die Angriffsplanung außerordentlich erschwert. Da zunehmend unkalkulierbar würde, welche der angegriffenen Ziele tatsächlich zerstört würden, wird der Erfolg von Nuklearangriffen fragwürdig, die mehr Koordination und Präzision erfordern als ein umfassender Vernichtungsschlag gegen Bevölkerungszentren. Die Möglichkeit, sich gegen begrenzte Raketenangriffe zu schützen, erscheint auch gegen Angriffe von seiten einer nuklearen Mittelmacht wertvoll. Dieses Problem könnte mittelfristig akut werden, da die Weiterverbreitung der Kernwaffentechnologie (Proliferation) voranschreitet.

4. Schließlich wäre, so die Befürworter von SDI, zu bedenken, daß bereits ein partielles Abwehrsystem die Gefahren eines ungewollten Raketenabschusses mindern könne. Diese Überlegung hat Gewicht, weil ein Versagen von Sicherheitsvorkehrungen nicht für einen sehr begrenzten Zeitraum, sondern auf voraussichtlich viele weitere Jahrzehnte ausgeschlossen werden muß.

II. Rüstungskontrollpolitische Argumentation

Auf zweierlei Weise hofft man, einer wirksamen Rüstungskontrolle und Abrüstung mit Hilfe von Raketenabwehrtechnologie zu dienen. Zum einen soll zur Abrüstung der umfangreichen Potentiale an ballistischen Raketen dadurch ermuntert werden, daß nukleare Offensivwaffen an strategischem Wert verlieren. Zum anderen glaubt man, mit Hilfe eines solchen Abwehrsystems leichter zu vereinbarten Reduzierungen zu gelangen. Denn das Verifikationsproblem, das heute ein beträchtliches Hindernis für solche Abkommen darstellt, erscheint weniger zentral, wenn Unsicherheitsmargen bei der Überwachung ihrer Einhaltung strategisch weniger folgenreich sind.

Gefahren des SDI-Ansatzes

Von der Frage, welche Realisierungschancen ein Raketenabwehrsystem voraussichtlich hat, ist im folgenden bewußt abgesehen. Es sei also jetzt vorausgesetzt, daß ein Raketenabwehrsystem grundsätzlich machbar ist, daß es hinreichend zuverlässig erscheint, daß es kosteneffizient ist, das heißt billiger als diejenige Offensivwaffentechnologie, mit der man es umgehen könnte, und daß sich das System nicht leicht durch direkte Gegenmaßnahmen zerstören läßt. Auch unter diesen sehr optimistischen Grundannahmen verbleiben aber folgende Fragen:

I. Abschreckungstheoretische Probleme

1. Die nukleare Bedrohung, in der sich Ost und West heute gegenüberstehen, ist nicht auf ballistische Raketen beschränkt. Selbst dann, wenn es gelänge, ein vollständig undurchdringliches Abwehrsystem gegen Raketen zu entwickeln, bliebe bis auf weiteres diese Bedrohung durch nichtballistische Waffensysteme (Bomber, Cruise Missiles) bestehen (die amerikanische Regierung hat allerdings bekundet, daß sie auch an der Abwehr solcher Waffen interessiert ist).

2. Ein gemischtes Abschreckungspotential, zusammengesetzt aus Offensiv- und Defensivsystemen, wirft in mehrfacher Hinsicht Stabilitätsprobleme auf:

a) Technologien, die zur Abwehr ballistischer Flugkörper geeignet sind, taugen wahrscheinlich wenigstens zum Teil ebenso zur Bekämpfung gegnerischer Satelliten. Kann man aber Satelliten nicht nennenswert vor Zerstörung schützen, so hat jede Seite Grund zur Furcht, der Gegner werde spätestens in der nächsten größeren Krise ihre Satelliten angreifen, um einem Angriff zuvorzukommen.

b) Raketenpotentiale, die hochwirksam gegen die Zweitschlagswaffen des Gegners sind und durch auch nur teilweise wirksame Abwehrsysteme ergänzt werden, können den Eindruck verstärken, im Grund werde Erstschlagsfähigkeit angestrebt. Die Furcht, durch Abwarten einen drohenden Krieg endgültig zu verlieren, mag dann den, der sich unterlegen sieht, zum *eigenen* zuvorkommenden Angriff verleiten. Und dieses Kalkül ruft wiederum auf der Gegenseite die Frage hervor, wie lange sich eigenes Zuwarten vertreten lasse. Solche Überlegungen, zu zuvorkommenden Einsätzen zu greifen, wirken *vorhersehbar* auch dann verhängnisvoll, wenn sie sich ausschließlich aus defensiven Intentionen heraus nahelegen. Und selbst dort, wo man dafür plädiert, kooperativ mit dem potentiellen Gegner eine solche Mischstruktur einzuführen und die Stabilitätsproblematik zu entschärfen, bleibt noch völlig ungewiß, wie eine solche kooperative, stabilisierende Lösung aussehen könnte. Der Gedanke, diese Phase nur als Zwischenphase in Kauf zu nehmen, darf außerdem nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie voraussichtlich viele Jahre, vielleicht Jahrzehnte, währen würde. Und auch danach hätten möglicherweise beide Seiten die bleibende Furcht, ihr Abwehrsystem sei nicht zuverlässig genug.

c) Auf der Ebene der Abschreckung gegen Angriffe auf Verbündete entwerfen schon partielle Abwehrmöglichkeiten, über die *beide* Seiten verfügen, ein wesentliches Element der geltenden westlichen Abschreckungsstrategie (abgesehen davon, daß sie auch die Abschreckung nuklearer Mittelmächte entwerfen können): die vorhin erwähnten begrenzten, selektiven Einsatzoptionen. Es gibt zwischen einem *sehr umfassenden* Nuklearangriff auf den Gegner und *keinem* Nuklearangriff kein „Eskalationskontinuum“ mehr, mit dem man drohen könnte, um von Angriffen abzuschrecken oder deren Abbruch zu erzwingen. Den Gedanken an eine westliche strategische Überlegenheit, bei der dieses Problem entfiel, lehnt die erklärte amerikanische Politik gegenwärtig ab. Ob sich die drohende „Abkoppelung“ Europas anders kompensieren läßt, ist aber fraglich; die Schwierigkeiten einer möglichen kontinentaleuropäischen Raketenabwehr scheinen heute insgesamt nicht viel geringer als jene, die einer globalen Raketenabwehr entgegenstehen. Zweitens gilt das Argument, es gebe auch noch andere nukleare Trägerwaffen als Raketen, hier entsprechend. Und schließlich würde eine verstärkte konventionelle Rüstung wohl nochmals erhebliche Investitionen auf dem Verteidigungssektor erfordern. Dabei ist noch völlig von dem elementarerem Einwand abgesehen, daß eine Zurückdrängung des nuklearen Elements mit seinen immensen Zerstörungskapazitäten die Angst vor einem Krieg reduzieren und diesen also wahrscheinlicher machen könne.

II. *Rüstungskontrollpolitische Probleme*

Auch wenn sich Defensivsysteme als kosteneffizient erweisen sollten, bleibt Wettüben möglich. Gelingt es nicht, für die Zwischenphase, in der die soeben beschriebene Mischstruktur bestehen würde, kooperative und stabilisierende Lösungen zu finden, so mag durchaus ein Wettlauf darum drohen, wer als erster einen entscheidenden Durchbruch auf dem technologischen Sektor erzielt. Um einen solchen Wettlauf zu inspirieren, reicht wechselseitige Furcht vor gegnerischer Überlegenheit völlig aus.

Die amerikanische Politik erhofft sich von SDI auch greifbare Erfolge bei der Rüstungskontrolle. Sie muß aber im eigenen Interesse eine Entwicklung vermeiden, in deren Verlauf die Sowjetunion den baldigen und voraussichtlich endgültigen Verlust ihrer Weltmachtstellung meint erwarten zu müssen. Dieser Entwicklung entgegenzuwirken, hat nichts mit Sympathien für das politische System der Sowjetunion zu tun, aber sehr viel mit einer sorgfältigen Prognose der Folgen des eigenen politischen Handelns; eine solche Politik, die die andere Seite als Machtfaktor für immer ausschalten wollte, könnte sehr leicht den großen Krieg selbst herbeiführen, vor dem sie sich im Grunde seit Jahrzehnten ängstigt.

Auch die Einsicht, daß technische Lösungen niemals etwas Unüberholbares darstellen, weckt Zweifel, ob selbst ein erfolgreiches Abwehrsystem das Ende aller Rüstungswettläufe auf strategischer Ebene wäre. Auch nach der Einrichtung eines

Abwehrsystems wäre die technische Weiterentwicklung nicht zu Ende, und es steht keineswegs fest, daß sie auf Dauer defensive Technologien gegenüber offensiven begünstigen würde.

Konsequenzen aus ethischer Sicht

Ungeachtet der optimistischen Prognosen, mit denen SDI häufig befürwortet wird, ist ein Erfolg dieser Initiative keineswegs sicher. Doch für SDI plädiert man heute oftmals mit dem Argument, die bisherige Abschreckungskonzeption sei letztlich unmoralisch. Man kann sie auf diese Weise bereits zu einem Zeitpunkt endgültig diskreditieren, zu dem man im einzelnen nicht darzulegen vermag, was statt dessen Besseres zu tun wäre. Es bleibt geraten, sich einer Einsicht zu öffnen, die das Zweite Vatikanische Konzil in der Pastoralkonstitution „*Gaudium et Spes*“ (Nr. 81) formuliert hat:

„... die Menschen sollten überzeugt sein, daß der Rüstungswettlauf, zu dem nicht wenige Nationen ihre Zuflucht nehmen, kein sicherer Weg ist, den Frieden zu sichern, und daß das daraus sich ergebende sogenannte Gleichgewicht kein sicherer und wirklicher Friede ist. Statt daß dieser die Ursachen des Krieges beseitigt, drohen diese dadurch sogar eher weiter zuzunehmen. Während man riesige Summen für die Herstellung immer neuer Waffen ausgibt, kann man nicht genügend Hilfsmittel bereitstellen zur Bekämpfung all des Elends in der heutigen Welt. Anstatt die Spannungen zwischen den Völkern wirklich und gründlich zu lösen, überträgt man sie noch auf andere Erdteile. Neue Wege, von einer inneren Wandlung aus beginnend, müssen gewählt werden, um dieses Ärgernis zu beseitigen, die Welt von der drückenden Angst zu befreien und ihr den wahren Frieden zu schenken. Darum muß noch einmal erklärt werden: Der Rüstungswettlauf ist eine der schrecklichsten Wunden der Menschheit, er schädigt unerträglich die Armen. Wenn hier nicht Hilfe geschaffen wird, ist zu befürchten, daß er eines Tages all das tödliche Unheil bringt, wozu er schon jetzt die Mittel bereitstellt. Gewarnt vor Katastrophen, die das Menschengeschlecht heute möglich macht, wollen wir die Frist, die uns noch von oben gewährt wurde, nützen, um mit geschärftem Verantwortungsbewußtsein Methoden zu finden, unsere Meinungsverschiedenheiten auf eine Art und Weise zu lösen, die des Menschen würdiger ist.“

Dieser Passus ergänzt die Perspektive, unter welcher heute oft zu SDI gesprochen wird, um wichtige Elemente. Der Text warnt davor, eine Rüstungspolitik zu betreiben, die längerfristig kontraproduktive Wirkung hat. Der Ost-West-Konflikt ist eine der brisantesten, aber nicht die einzige Kriegsursache, die heute ernst zu nehmen ist. Der Verantwortung für einen wesentlichen Teil der Ursachen, die den Nord-Süd-Konflikt erst hervorgerufen haben, können sich die Industrieländer nicht entziehen. Ob die Politik, für deren Entfaltung man durch Abschreckung einen Freiraum zu sichern sucht, selbst ethisch vertretbar ist, entscheidet sich ganz zentral daran, ob sie sich genügend nachdrücklich für die Beseitigung offensichtlichen sozialen Unrechts einsetzt – einer potentiellen Kriegsursache ersten Ranges. Und auch dann bleibt Friedenssicherung durch Abschreckung eine Strategie, die nur begrenzte Zeit erlaubt sein kann und deren Überwindung aktiv angestrebt werden muß.

Kaum jemand behauptet angesichts der Diskussion um SDI, hier eröffne sich ein Weg, um Ressourcen für andere politische Aufgaben freizusetzen. Das Gegenteil ist heute ungleich plausibler: Kommt SDI zum Erfolg und wird ein Raketenabwehrsystem aufgebaut, so bindet dies voraussichtlich erneut immense finanzielle und geistige Ressourcen.

Um daher eine solche Entscheidung vertreten zu können, müssen schwerwiegende Argumente zum Tragen kommen; vor allem muß eine vernünftige Aussicht darauf bestehen, daß diese Politik ihre sicherheitspolitischen Zielsetzungen tatsächlich erreicht. Hier haben die Befürworter von SDI bis auf weiteres eine Beweislast, die nicht leicht zu tragen ist. Es bleibt also zum gegenwärtigen Zeitpunkt offen, ob SDI einen Weg zur Überwindung der Abschreckung weist. Die künftige Friedenspolitik wäre aber jedenfalls an folgenden Leitlinien zu orientieren:

1. Am Ziel, Abschreckung als Mittel der Kriegsverhütung durch Mittel zu ersetzen, die hierzu geeigneter erscheinen, ist unbedingt festzuhalten. Kriegsverhütung durch Abschreckung ist nichts, womit wir uns auf Dauer einrichten dürften. Die Aufgabe der Kriegsverhütung aber bleibt verpflichtend; neue strategische und politische Ansätze müssen nachweislich diesem Ziel dienen.

2. Die Welt scheidet sich nicht einfach in ein „Reich des Guten“ und ein „Reich des Bösen“. Ethische Ansprüche richten sich nicht nur jeweils an „die anderen“, sondern nehmen *alle* Staaten in Pflicht. Zweifellos wird solchen Ansprüchen heute weltweit in höchst unterschiedlichem Maß entsprochen. Doch man kann andere nur von Maßstäben her kritisieren, nach denen zu leben man selbst bereit ist. Zur Respektierung der Menschenrechte in anderen Ländern ist immer wieder nachdrücklich aufzurufen; aber nur derjenige vermag dies glaubwürdig, der ihre Verletzung im eigenen Lager unerbittlich anklagt. Mit militärischer Abschreckung ist der Anspruch einer gerechten, kriegsverhütenden Politik bei weitem nicht erschöpft.

3. Dringend abzuraten ist von dem Versuch, den Ost-West-Gegensatz dadurch zu „überwinden“, daß man seinen Gegner totrüstet. Vielmehr ist danach zu streben, zu Strukturen der Friedenssicherung zu gelangen, in denen die berechtigten Sicherheitsinteressen der Menschen aller Länder berücksichtigt werden. Dieser Weg ist voraussichtlich lang und faktisch von vielen Rückschlägen begleitet. Aber dies suspendiert nicht davon, auf das Ziel einer gerechten Friedensordnung für alle Völker hinarbeiten. Überlegenheitsstreben, von welcher Seite immer, erzeugt dagegen auf internationaler Ebene Furcht, Mißtrauen, Unfrieden und immer neue Rüstungsschübe. Der Weg geduldigen gemeinsamen Bemühens um die Verhütung des Krieges und der des friedlichen Wettbewerbs um gerechtere Lebensbedingungen für *alle* Menschen mag der mühevollere sein; aber dafür ist der Weg der Konfrontationspolitik bei weitem der gefährlichere. Zweifellos läßt sich bis auf weiteres der tiefgreifende Gegensatz der politischen Systeme zwischen Ost und

West nicht überwinden. Doch ist zu unterscheiden zwischen den politischen und ideologischen Ansprüchen eines Systems, für dessen Ablehnung es gute Gründe gibt, und dem Recht der unter diesem System lebenden Menschen darauf, daß ihre Sicherheitsinteressen angemessen berücksichtigt werden. Was Bundespräsident von Weizsäcker am 8. Mai 1985 zu diesem Thema im Deutschen Bundestag gesagt hat, ist zu unterstreichen. Eine Politik, die Sicherheit für das eigene Volk auf Kosten derjenigen seiner Nachbarvölker sucht, riskiert auf dem Weg zu eigener Überlegenheit den Krieg.

4. Immer wieder fordert die kirchliche Friedenslehre dazu auf, Abrüstungsverhandlungen in aufrichtigem Geist zu führen. Dazu gehört nicht nur, daß man auf den Versuch verzichtet, seinen Verhandlungspartner zu hintergehen; aufrichtige Verhandlungsführung bedeutet auch, stets dazu bereit zu sein, Angebote der Gegenseite sorgfältig zu prüfen. Von der Art, wie man verhandelt, hängt es zu einem wesentlichen Teil ab, ob der eigene Friedenswille glaubhaft ist.

Jeder Versuch, den Frieden mit militärischen Mitteln zu sichern, kann grundsätzlich nicht mehr sein als ein „Weg in der Gefahr“ (C. F. v. Weizsäcker). Doch diese begrenzte Aufgabenstellung ist gleichwohl von entscheidender Bedeutung für die Existenz der heutigen Menschheit. Ihr in einer Haltung der Vorsicht und Nüchternheit, aber ebenso der Dialogbereitschaft und des Willens zum Ausgleich zu entsprechen, ist zunächst ein moralischer Appell an jeden, der sich an der Debatte um den rechten Weg solcher Friedenssicherung beteiligt; es ist aber auch ein Beurteilungskriterium für die Qualität internationaler Politik, ob sie *wahrnehmbar* aus einem solchen Geist gestaltet wird.